

## GWR-Schwerpunkt



SAY NO TO  
RACISM!  
WE ARE ALL HUMAN

# Hellersdorf ist überall

## Die Kontinuität des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus in Deutschland gegenüber geflüchteten Menschen

Als im Sommer 2013 im Berliner Bezirk Hellersdorf ein neues Lager für geflüchtete Menschen eröffnet werden sollte, gab es dagegen heftige Proteste von Anwohner\_innen und Neonazis.

Wochen vor der geplanten Eröffnung hetzte eine Bürgerinitiative per Facebook gegen das Lager. Am 9. Juli ergriffen auf einer Informationsveranstaltung zum geplanten Lager neben sich rassistisch äußernden Anwohner\_innen u.a. NPD-Kader das Wort.

Im August erreichte der Protest seinen Höhepunkt und erzeugte gleichermaßen ein starkes Medienecho in und außerhalb Deutschlands. Während die Medien dabei durchaus differenziert berichteten und rassistischen Meinungen keine große Bühne boten wie bspw. 1992 während des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen, reagierte die Politik zunächst zurückhaltend. Selbst Petra Pau, MdB für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf für die Linke, oder Dagmar Pohle, stellvertretende Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf von der Linken, schalteten sich erst im August aktiv ein.

### Proteste gegen Asylager nicht neu

Gänzlich neu sind diese Proteste, die die extrem rechten Parteien wie NPD oder PRO Deutschland gleichermaßen für sich nutz(t)en, nicht. Zu erinnern sei beispielsweise an die Proteste und Mobilisierung von Anwohner\_innen gegen ein Lager für geflüchtete Menschen in Berlin-Charlottenburg im Mai 2013, oder aber auch an die seit über einem Jahr andauernden Proteste von Bürger\_innen in Duisburg-Rheinhausen gegen die Unterbringung von Roma in ihrer Nachbarschaft. Die Stadt Wolgast ging vor über einem Jahr durch

die Medien, als Bürger\_innen massiv gegen ein dortiges Lager im Zentrum der Stadt vorgehen. Ein jüngeres Beispiel sind rassistische, vor allem jedoch von örtlichen Neonazis initiierte Proteste im ostthüringischen Greiz gegen ein dortiges, im September eröffnetes Lager für Menschen aus Syrien.

### Deutscher Anstieg von Brandanschlägen auf Asylager im Jahr 2013

Derartige Proteste gehen teils auch mit gezielten Anschlägen gegen Asylager einher: In Premnitz (Brandenburg) ereignete sich am 18.09.13 ein Brandanschlag auf ein künftiges Lager. Die Ankündigung einer Eröffnung des Lagers im Frühjahr 2014 hatte mehrere Wochen vor dem Anschlag Bürger\_innen und die NPD auf den Plan gerufen.

Ähnlich sind die Geschehnisse in Güstrow: Seit November 2012 hetzte eine Bürgerinitiative gegen ein dort geplantes Lager. Seit der Eröffnung im Juni 2013 gab es immer wieder Böllerwürfe auf das Heim. In der Nacht auf den 12.10.13 wurde ein Feuerwerkskörper in den Keller des Asylagers geworfen, dieser verursachte einen Brand, der noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Eine Woche später wurde ein Anschlag auf ein Lager im baden-württembergischen Wehr verübt. In allen Fällen muss von einer rassistischen Motivation ausgegangen werden. Wir, die Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin, recherchierten von Januar bis Ende Oktober 2013 bereits

18 gezielte Brandanschläge und Angriffe mit Feuerwerkskörpern auf Asylager in Deutschland. Zum Vergleich: Abgesehen von der hohen Dunkelziffer und unaufgeklärten Ursachen vieler Attacken auf und Brände in Asylagern wurden von uns 2010 zwei Anschläge, 2011 drei sowie 2012 zwölf recherchiert. Es ist demnach von einem dramatischen Anstieg gezielter Anschläge im Jahr 2013 gegenüber den Vorjahren auszugehen.<sup>1</sup>

### Alltagsrassismus in der Bevölkerung stark verbreitet

Vor diesem Hintergrund sind derartige Proteste und Anschläge gegen Asylager keine Ausnahme, sondern spiegeln vielmehr den massiven Alltagsrassismus der – in der Regel – weißdeutschen Bevölkerung wider. Empirische Untersuchungen bestätigen dies gleichermaßen. In seiner Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“, in der das Team um Wilhelm Heitmeyer diskriminierende Einstellungen der weißdeutschen Bevölkerung gegenüber privilegierten Gruppen untersuchte, erreichten Abwertungen gegen sog. Asylbewerber\_innen die höchsten Zustimmungswerte: Knapp 75% aller repräsentativ Befragten lehnen die Aussage ab, dass der Staat bei der Prüfung von Asylansuchen großzügig vorgehen sollte und gut 45% meinen, dass die meisten sog. Asylbewerber\_innen nicht wirklich befristet werden müssten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden. Insofern materialisieren sich in den genannten Protesten und Anschlägen entsprechende rassistische Einstellungen, wie Andreas Speit, Experte für das Themenfeld extreme Rechte, schreibt.<sup>2</sup>

Dass extrem rechte Parteien diese Einstellungen für sich stets zu nutzen wissen und entsprechend mobilisieren, liegt auf der Hand. Aber auch durch die restriktive Haltung seitens der Politik gegenüber geflüchteten Menschen und populistischen sowie stigmatisierenden Begriffen wie „Armutströme“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“, die auch etliche Medien eins zu eins übernehmen, wird eine rassistische Stimmung mit geschürt.

### Über 500 Tote seit 1993

In diesem Zusammenhang ist auch die verheerende Bilanz deutscher Flüchtlingspolitik der letzten 20 Jahre zu sehen: Nach unseren Recherchen kamen durch staatliche Maßnahmen (vor, während, nach Abschiebungen, Grenzen, Polizeigewalt, unterlassene Hilfeleistung) von 1993 bis Ende 2012 mindestens 420 Geflüchtete ums Leben – in diesem Jahr allein 12 Menschen. 170 Geflüchtete töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon befanden sich 64 Menschen in Abschiebehaft. 182 Menschen starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 129 an den deutschen Ost-Grenzen. 32 Menschen starben nach ihrer Abschiebung. 1076 Geflüchtete verletzten sich im genannten Zeitraum aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) bzw. versuchten, sich umzubringen. Davon befanden sich 615 Menschen in Abschiebehaft. Mindestens 32 Menschen starben nach ihrer Abschiebung aus Deutschland – 564 Deportierte wurden im Her-

kunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr. Zusätzlich zu den genannten Geschehnissen („staatliche Maßnahmen“) recherchierten wir 70 Todesfälle in Lagern und mindestens 878 Verletzte. Die Ursachen lagen oft in der baufälligen Verfassung der maroden und entlegenen Lager – sehr viele Menschen kamen aber auch durch gezielte rassistisch motivierte Anschläge zu Schaden.

### Politisch gewollte Zustände und keine Besserung

Diese Zustände sind seit über 20 Jahren gesetzlich fixiert und damit politisch gewollt. Insofern sind verschiedene Kommentare von maßgeblichen (daran beteiligten) Politiker\_innen schlichtweg Makulatur. So warnte Bundesinnenminister Friedrich in populistischer Manier im August 2013 vor der ansteigenden Zahl von Asylersuchen in Deutschland und sprach sich für eine Beschleunigung der Verfahren aus, was im Klartext wohl weniger Zeit für die jeweiligen Einzelfallprüfungen bedeutet. Gleichzeitig verschleierte er, dass die absoluten Zahlen erstens für die Größe Deutschlands sehr gering sind (ca. 64.500 Erstanträge 2012), sowie zweitens, dass die Erfolgsaussichten auf Asyl in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der Änderung des Grundrechts auf Asyl 1993 sowie der EU-Asylpolitik (Dublin II u.a.) sehr gering sind. Auf der anderen Seite wurde die Aufnahme von 5.000 syrischen Geflüchteten von Friedrich frenetisch gefeiert. Auf europäischer Ebene wird es in absehbarer Zeit keine Bes-

serungen geben, wie angesichts der jüngsten Katastrophe vor der Küste Lampedusa und der Reaktion maßgeblicher Politiker\_innen darauf deutlich wurde. So gesehen basieren die Proteste auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens und sind damit nur die Spitze des Eisberges deutscher rassistischer Normalität – Hellersdorf ist überall!

### ARI-Dokumentation Berlin

Zahlen aus: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ (1993-2012) Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin [www.ari-berlin.org/stkultitel.html](http://www.ari-berlin.org/stkultitel.html)

### Anmerkungen:

1 Sämtliche dargelegten Zahlen und Fälle sind bis auf die Ereignisse im Jahr 2013 in unserer aktuellen zweibändigen Dokumentation nachzulesen: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ (1993-2012).

2 Vgl. Speit, A. Herzlich unwillkommen. In: der rechte rand. magazin von und für antifaschisten, 24. Jg, Nr. 144, Hannover 2013, S. 3.



### Lesen hilft.

Bitte spenden Sie die  
»graswurzel« für Gefangene  
zum Jahrespreis von 25 €  
oder einem Betrag  
Ihrer Wahl an:  
Freiabonnements für  
Gefangene e.V.  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 100 205 00  
Konto 30 85 400  
Kennwort: »gwr«

[www.freiabos.de](http://www.freiabos.de)

